Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Freitag, 28. Februar 2025 | Nr. 9 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Vorschau auf die Frühjahrssession 2025
von Nina Fehr Düsel
Seite 2

Kanton Zürich
Ehrliche Energieversorgung ohne Buebetrickli
von Paul von Euw
Seite 3

Aktuell
Der Tages-Anzeiger auf Abwegen
von Karl Spühler
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Fragwürdige Personalpolitik der Stadt Bülach
von Thomas Obermayer
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Grosser Politaufmarsch in Oetwil
Seite 4

STEUERWETTBEWERB SCHÜTZT DEN BÜRGER VOR DEM UNERSÄTTLICHEN STAAT

Eine Analyse nach den Lehren von Milton Friedman

Der Nobelpreisträger Milton Friedman war einer der einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Seine Theorien zu Staatsausgaben, Steuern und Inflation sind heute aktueller denn je. Besonders seine Warnung, dass höhere Staatseinnahmen niemals zu einem Abbau des Defizits führen dürfen, ist in Zürich Realität geworden.

Ein Blick auf das Budget 2025 des Kantons Zürich zeigt: Die Ausgaben steigen Jahr für Jahr – völlig ungebremst. Der Staat nimmt mehr ein, aber er gibt auch immer mehr aus. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist die einzige Disziplinierungsmöglichkeit, die den Bürger vor der staatlichen Verschwendung schützt.

1. Das wahre Problem sind die Ausgaben, nicht die Einnahmen

«Haltet euer Auge auf eine einzige Zahl: die Staatsausgaben. Denn das ist die wahre Steuer», sagte Milton Friedman.

Diese Aussage bringt es auf den Punkt: Nicht die Höhe des Haushaltsdefizits ist das Problem, sondern der unersättliche Staat, der immer neue Ausgaben generiert.

Die Realität im Kanton Zürich:

- Die Staatsausgaben sind seit 2019 von 15,8 Mrd. Franken auf 19,66 Mrd. Franken gestiegen – ein Plus von 3,86 Mrd. Franken oder 24% in nur sechs Jahren.
- In Friedmans Logik bedeutet das nichts anderes, als dass wir auch eine gleich hohe Steuer in dieser Zeit erhoben haben – in Form direkter Steuern, Abgaben, Schulden oder Inflation.
- Schlussendlich mussten die 3,86 Mrd. Franken Mehrausgaben durch den Steuerzahler finanziert werden.

Mehreinnahmen von Steuern werden sofort für neue Projekte aufgewendet. Dies bestätigt Friedmans These: Höhere Staatseinnahmen führen nicht zu einem Abbau des Defizits – sie werden umgehend ausgegeben.

Zürich wächst und entwickelt sich wirtschaftlich gut. Doch anstatt in Boomzeiten Rücklagen zu bilden oder die Steuerlast für Bürger und Unternehmen zu senken, steigt der Staatsapparat immer weiter an. Ein Ende ist nicht in Sicht.

2. Steuerwettbewerb: Zürich verliert Unternehmen und Wirtschaftskraft

Milton Friedman argumentierte, dass hohe Steuern nicht nur Bürger, sondern auch Unternehmen zur Abwanderung zwingen. Genau das passiert im Kanton Zürich.

Fakten zur Firmenabwanderung:

- 2021: 347
- 2022: 137
- 2023: 85

Besonders profitieren die Nachbarkantone Aargau, Schaffhausen, Thurgau und Zug, die niedrigere Unternehmenssteuern bieten. Zürich hingegen hat – nach Bern – die höchste Steuerbelastung für Unternehmen in der ganzen Schweiz.

Das bedeutet weniger Arbeitsplätze, weniger Innovation und eine schleichende Schwächung des Wirtschaftsstandorts Zürich. Wenn Zürich den Steuerwettbewerb ignoriert, verliert der Kanton langfristig seine wirtschaftliche Stärke.

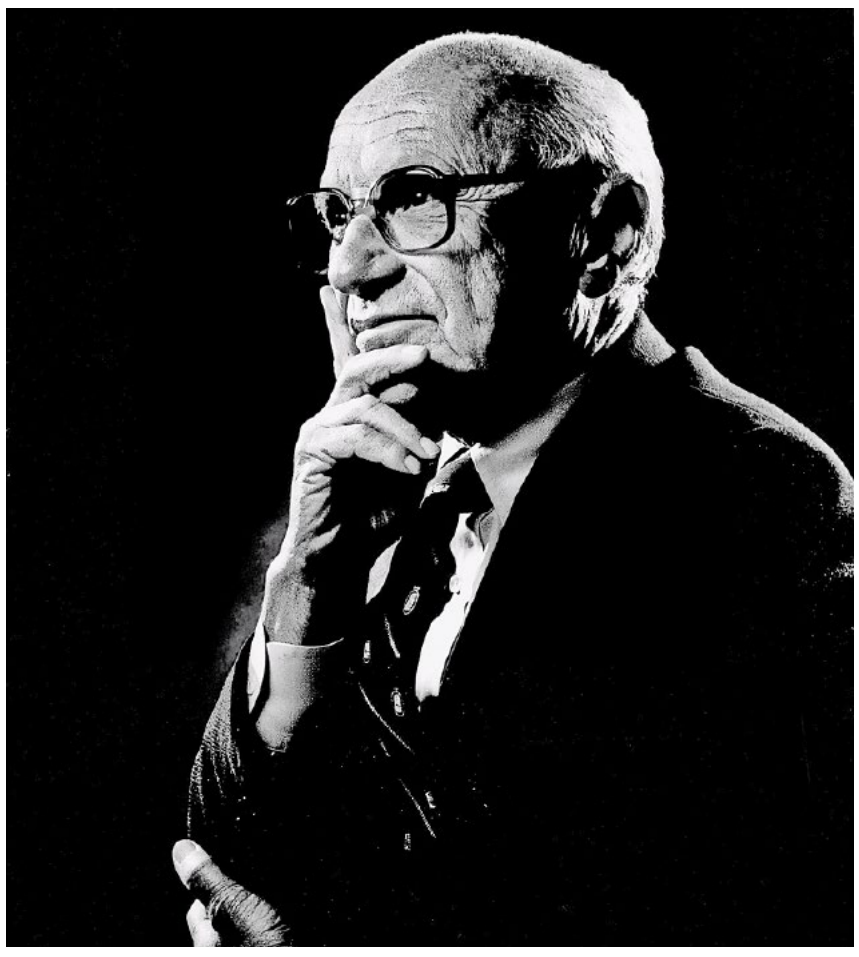
3. «Firmen zahlen keine Steuern – nur Menschen tun es»

Ein weit verbreiteter Irrglaube ist, dass man einfach «die bösen Konzerne» statt Menschen besteuern muss. Doch wie Milton Friedman betonte: «Ein Unternehmen ist kein Mensch. Am Ende zahlen immer die Bürger: als Konsumenten, als Arbeitnehmer oder als Aktionäre.»

Wer trägt die Last der Unternehmenssteuern?

- Arbeitnehmer: Hohe Unternehmenssteuern bedeuten tiefere Löhne und weniger Arbeitsplätze.
- Konsumenten: Unternehmen geben höhere Steuern in Form von steigenden Preisen weiter.
- Aktionäre: Pensionskassen und Investoren erhalten niedrigere Dividenden und weniger Wachstum.

Wenn die Steuern für Unternehmen gesenkt werden, profitiert die gesamte Bevölkerung. Ein attraktives Steuerklima führt zu attraktiven Arbeitsplätzen, höheren Löhnen und stabileren Preisen.



Friedman bringt es auf den Punkt: Nicht die Höhe des Haushaltsdefizits ist das Problem, sondern der unersättliche Staat, der immer neue Ausgaben generiert. Bild: zVg

4. Warum Zürich die Gewinnsteuer auf 6% senken muss

Zürich steht vor einer wichtigen Abstimmung: Mit dem zweiten Schritt der Steuervorlage soll der Gewinnsteuersatz für Unternehmen von 7% auf 6% gesenkt werden.

Warum ist diese Reform dringend nötig?

- Gleichstellung mit den Nachbarkantonen: Aargau, Zug und Schaffhausen haben längst tiefere Steuersätze. Im Vergleich reduzierte der Kanton Thurgau den Gewinnsteuersatz von 4% auf 2,5%.
- Erhalt der Steuerbasis: Heute machen Unternehmenssteuern 20% der Zürcher Einnahmen aus. Wir sind für unsere Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur auf sie angewiesen.
- Nachgewiesener Erfolg: Nach der ersten Steuersenkung 2021 sind die Einnahmen aus Unternehmenssteuern trotz tieferer Sätze gestiegen.

Fazit: Zürich braucht Steuersenkungen, nicht mehr Staatsausgaben

Der Kanton hat die Wahl: Weiter Richtung Hochsteuerkanton – oder ein attraktiver Wirtschaftsstandort, der Wohlstand schafft und Bürger entlastet. Die Entscheidung liegt am 18. Mai beim Volk. Ich stimme klar JA.

Tobias Weidmann
Kantonsrat und
Fraktionspräsident SVP
Hettlingen

Christoph Mörgeli

«Altmodisch neutralistisch»

Der deutsche Botschafter Michael Flügger beurteilte in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF die Zuwanderung als unproblematisch. 2023 seien 80 000 EU-Bürger in die Schweiz gezogen, «alle mit Arbeitsvertrag». In Wahrheit ist fast die Hälfte davon nicht erwerbstätig, betrifft den Familiennachzug oder die Ausbildung, ist nicht bestimmbar oder offiziell erwerbslos.

Exzellenz Michael Flügger findet, dass sich die Zahlungen der Schweiz an die Ukraine «in überschaubaren Grenzen halten». Er erwartet eine «gewisse Solidarität der Schweiz, wenn es um die Gesamtsicherheit geht». Der geschichtsvergessene Botschafter sollte sich einmal überlegen, was sein eigenes Land bezüglich «Gesamtsicherheit» im 20. Jahrhundert angerichtet hat. Haben die Schweizer, die in zwei Weltkriegen enorme finanzielle Lasten getragen und persönliche Opfer gebracht haben, deswegen Deutschland je eine Rechnung präsentiert?

Flügger rechnet damit, dass die Russen das Baltikum überfallen würden und die NATO Kriegspartei würde: «Dann wollen wir uns natürlich auch auf die Schweiz mitabstützen können.» Der Undiplomat verlangt, die Schweiz solle gefälligst über ihren «neutralistischen Schatten» springen: «Es stellt sich die Frage, ob die strenge und altmodische Auslegung der Haager Konvention völkerrechtlich nicht überholt ist.» Der Herr Gesandte sollte sich fragen: Warum nur verlassen trotz unseren angeblich so morschen Staatssäulen die Deutschen zu Hunderttausenden ihr Land Richtung Schweiz?

Unsere Vorfahren haben schon einmal erlebt, dass ein deutscher Botschafter die schweizerische Neutralität als altmodisch und überholt bezeichnet hat. Ein Vorgänger von Botschafter Flügger verhandelte 1940 mit Mussolinis Gesandten über die Aufteilung der Schweiz und beteiligte sich an einer Intrige zur Absetzung von General Henri Guisan. Wäre die Schweiz seinerzeit wie so viele andere Länder von den Deutschen überfallen worden, könnte sich Michael Flügger seinen Ton nicht erlauben. Und wäre er ein guter Botschafter, würde er sich siebenmal auf die Zunge beissen, bevor er schweigt.

AUSBLICK AUF DIE ERSTE SESSION 2025

Die Frühjahrssession im Zeichen der Bundesratswahlen

Nächste Woche startet die Frühjahrssession in Bern. Diese steht vor allem im Zeichen der Bundesratswahl. In der Mitte der Session findet die Wahl der Nachfolge von Viola Amherd statt. Zuvor stehen die Hauptkandidaten der Mitte, Markus Ritter und Martin Pfister, bei verschiedenen Hearings den Parteien Rede und Antwort. Die Wahl ist noch nicht entschieden. Allerdings ist Markus Ritter aufgrund seiner Bekanntheit und bürgerlichen Linie, zum Beispiel bei Asylfragen, bei einigen Parlamentariern aus der SVP vermutlich Favorit. Es wird spannend in den kommenden zwei Wochen.

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Die SVP hat eine ausserordentliche Session zum Thema Asyl verlangt. Somit wird am 10. März über verschiedene Motionen der SVP debattiert werden. Einerseits geht es darum, die Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent zu begrenzen, andererseits den Familiennachzug klar einzuschränken. Wer über sichere Drittstaaten einreist, soll ausserdem kein Asyl mehr erhalten. Diese Debatte wird sehr wichtig werden, denn das Thema Asyl ist nebst dem EU-Vertragspaket eines der zentralsten Themen.

Dublin-Abkommen durchsetzen: Wer über sichere Drittstaaten einreist, soll in der Schweiz kein Asyl mehr erhalten. Bild: Adobe Stock

Individualbesteuerung

Natürlich gibt es auch sonst viele wichtige Geschäfte. Die Individualbesteuerung wird in dieser Session nochmals Thema sein. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat sich dafür ausgesprochen, die Beratung zur Volksinitiative («Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)») zu sistieren, bis die Beratung über den indirekten Gegenvorschlag abgeschlossen ist.

In der Herbstsession hatte eine knappe Mehrheit des Nationalrates der Vorlage für die Individualbesteuerung zugestimmt. Mit der Vorlage sollen die Heiratsstrafe beseitigt und positive Erwerbsanreize geschaffen werden. Die Wirtschaftskommission des Ständerates ist mit äusserst knappem Mehr auf den Gegenentwurf eingetreten und hat sich in der Detailberatung grundsätzlich dem Nationalrat angeschlossen. Der Ständerat beugt sich am 4. März und der Nationalrat vermutlich am 18. März über die Vorlage.

Indirekte Presseförderung

Auch die Presseförderung ist ein Thema in der kommenden Session. Eine Parlamentarische Initiative will die indirekte Presseförderung für eine Übergangszeit von sieben Jahren erhöhen, um regionale Zeitungsverlage bei deren Transformation hin zu mehr digitalen Angeboten zu unterstützen.

Die Räte sind sich in dem Geschäft nicht einig: Der Nationalrat spricht sich zwar für die Erhöhung beziehungsweise Einführung der ersten beiden Fördermassnahmen gemäss der Parlamentarischen Initiative aus, will aber den Beitrag für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse nicht erhöhen, sondern gänzlich streichen. Der Ständerat hingegen will die Förderung für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse in unveränderter Höhe beibehalten, die beiden anderen Förderungen jedoch weniger stark erhöhen als der Nationalrat. Es wird spannend werden, wie man sich einigen wird.

Änderungen der Ergänzungsleistungen

Eine weitere Vorlage will das selbstbestimmte Wohnen für ältere Menschen fördern. Deshalb sollen Personen, die Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV beziehen, Anspruch auf Betreuungsleistungen haben, die das selbstbestimmte Wohnen ermöglichen. Der Nationalrat hat Anpassungen am Vorschlag des Bundesrates vorgenommen. Die Zahl der betagten Menschen, die Betreuung benötigen, wird sich in den nächsten 20 Jahren massiv erhöhen. Die geplante Änderung des Ergänzungsleistungsgesetzes ist daher ein wichtiger Schritt, um der älteren Bevölkerung ein selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu ermöglichen und verfrühte und kostentreibende Heimeintritte zu verhindern.

Viele Anlässe in Bern

Daneben gibt es auch viele andere wichtige Vorlagen und natürlich sehr viele Anlässe über Mittag und am Abend. Meist kann man zwischen diversen Info-Veranstaltungen auswählen, da in diesen drei Wochen in Bern sehr viel läuft.

BUNDESTAGSWAHLEN: WAHLSIEGERIN UNION KANN NUR LINKS BLINKEN

«Grosse» Koalition – auf dass sich nichts ändert

Die Wahlen in Deutschland sind vorbei. Der Wählerwille ist klar: Er möchte eine bürgerliche Koalition zwischen der Union und der rechten AfD. Aber die Union ist unter Friedrich Merz noch entkernter als unter Angela Merkel. Nach der Wahl blinken die Schwarzen wieder links und wollen mit der Wahlverliererin SPD eine sogenannte «grosse» Koalition einrichten – auf dass sich bestimmt nichts ändert.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Die vorgezogene Bundestagswahl hat die bisherige Ampelkoalition maximal abgestraft. Die FDP ist aus dem Parlament geflogen. SPD und die grünen Medienlieblinge unter «Deindustrialisierungsminister» Robert Habeck haben massiv verloren.

Ernüchterndes Wahlergebnis

Angesichts des desolaten Zustands von Deutschland ist das Wahlergebnis eher ernüchternd. Oppositionsführer Merz erreicht für die CDU/CSU nur 28,5 Prozent Wähleranteile. Die CDU/CSU erzielt damit das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik. Die AfD kann ihren Wähleranteil gegen alle Medien und der mit Steuergeldern gegen sie organisierten Öffentlichkeit verdoppeln (20.8 Prozent). Regierungsbeteiligungen im Osten Deutschlands sind nur noch eine Frage der Zeit.

Linke «Parteien der Mitte»

Sie gelten heutzutage als «Parteien der Mitte». Die SPD unter Kanzler Olaf Scholz hat mit 16,4 Prozent Wähleranteilen sehr katastrophal abgeschnitten; das schlechteste Ergebnis seit der Reichstagswahl von 1887 im Kaiserreich. Die Grünen wurden ebenfalls mit Verlusten abgestraft (11,6 Prozent). Sie konnten nicht von der Zuspitzung der Migrationsfrage profitieren. Ihre Stimmen erbte die linksextremistische «Die Linke» (8,8 Prozent). Knapp nicht ins Parlament kam das BSW. Es muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es in den Landtagen im Osten der CDU gegen die dort populäre AfD zu zweifelhaften Mehrheiten verholfen hat.

Brandmauer-Scheindemokratie

Die sogenannte Brandmauer als Abschottung gegen die AfD will der mögliche Kanzler Merz weiterhin erhalten. So lange diese Scheindemokratie aufrechterhalten wird, wird sich in unserem nördlichen Nachbarland nichts zum Positiven verändern. Als sehr erfreulich ist hingegen die hohe Stimmbeteiligung zu werten (82,5 Prozent). Das hohe Interesse ist auf die grossen Probleme wie wirtschaftliche Erosion (Energiepolitik), Zuwanderung und die verschiedenen Terroranschläge zurückzuführen. Das Wahlresultat ist als Aufschrei des deutschen Wählers zu werten. Vorläufig wird sich inhaltlich aber wenig ändern. Es geht der grössten Partei nur um Macht und die Fortsetzung der Globalisierung. Etwas anderes kennt die CDU/CSU leider nicht.

AfD: Wähleranteil verdoppelt

Wenn die AfD inhaltlich und programmatisch so sauber weiterarbeitet wie bisher, hat sie irgendwann die Machtoption. Der zur Oppositionsvernichtung durch die Regierung angesetzte Verfassungsschutz wird jedoch weiterhin sein Unwesen treiben. Und das eigentlich selbstverständliche Vizepräsidium im Bundestag wurde der AfD bisher immer verweigert. Der Weg zur politischen Normalisierung Deutschlands ist lang. Eventuell zu lang?

Schweizer Kampagne gegen Alice Weidel

Die Kinder und die Schweizer Lebensgefährtin von Alice Weidel leben in der Schweiz. Linksextreme organisierten in Einsiedeln eine Demonstration gegen die deutsche Politikerin. Dabei wurden auch Deutsche aus dem Nachbarland herangekarrt. Überraschend liessen die Bezirksbehörden von Einsiedeln das Treiben gegen eine öffentliche Person und deren Kinder zu. Die Farce wird ein parlamentarisches Nachspiel im Kanton Schwyz haben. Die SRG und Ringier hetzten die Stimmung noch zusätzlich an, indem sie am Steuerdomizil Weidels zweifelten.

Die sogenannte Brandmauer als Abschottung gegen die AfD will der mögliche Kanzler Merz weiterhin erhalten – die Scheindemokratie wird somit aufrechterhalten. Bild: Timo Klostermeier

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Energie und grüne Ideologien

Gleich zu Beginn der Morgensitzung wurde das linke, dringliche Postulat 19/2025 – Kantonaler Solidaritätsbeitrag für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 – diskussionslos an die Regierung überwiesen. Die Postulanten verlangen, dass der Regierungsrat prüfe, mit welchen Massnahmen den Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 möglichst rasch und unkompliziert ein kantonaler Solidaritätsbeitrag von 25 000 Franken gesprochen werden könne.

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Etwas mehr zu reden gab das nächste dringliche Postulat 424/2024 – Zwischenlösung für das Areal des ehemaligen Kinderspitals Zürich. In diesem haben wir den Regierungsrat gebeten zu prüfen, ob das leerstehende Areal des ehemaligen Kinderspitals Zürich am Zürichberg für eine schnelle und effiziente Zwischennutzung bereitgestellt werden könnte. Gemäss unserem Referenten Lorenz Habicher hat die SVP mit der Anfrage Christian Pfaller bereits Fragen zu einer möglichen Zwischennutzung gestellt. Weil ein Teil des dringlichen Postulates der Anfrage Pfaller entsprochen hat, lehnte die SVP/EDU-Fraktion die Überweisung ab. Mit nur einer Stimme Unterschied wurde dann aber leider das Geschäft gegen unseren Willen als «Beschäftigungstherapie» an den Regierungsrat überwiesen.

Bessere Kontrolle der AXPO

Beim anschliessenden, ebenfalls dringlichen Postulat 30/2025 – Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO – war dann fertig lustig. Eine breite Allianz verlangte vom Regierungsrat nichts weniger, als dass er sich für eine Deckelung der Vergütungen für den CEO und die Geschäftsleitungsmitglieder der AXPO auf maximal eine Million Franken jährlich einsetzen soll. Ausschlaggebend war, dass im Herbst 2022 der Bund einen milliardenschweren Schutzschirm für die AXPO aufspannen musste, weil die Liquidität nach den Verwerfungen am Strommarkt stark gefährdet war. Unser Fraktionspräsident Tobias Weidmann meinte dazu klar, dass die SVP/EDU-Fraktion dieses dringliche Postulat mitunterzeichnet habe, weil die öffentliche Hand einspringen musste, damit die Versorgungssicherheit für die Schweizer Bevölkerung nicht gefährdet wurde, weil die AXPO bekanntlich die Aufgabe des Service public zu erfüllen habe. Weiter werde die Axpo bekanntlich weniger Strom produzieren und gehe so gleichzeitig ein hohes Risiko im Handel ein. Ein verantwortungsvoller Manager sollte bei jeder Krise die passenden Antworten haben. Es könne doch nicht angehen, dass ein CEO mit einem 100%-Job auch noch ein Verwaltungsratsmandat bei der AMAG ausüben könne. Das Postulat wurde schliesslich deutlich an den Regierungsrat überwiesen.

Auch beim nächsten dringlichen Postulat 330/2022 – Strategische Kontrolle über die AXPO stärken – ging es abermals um die Energieversorgung in unserem Kanton. Gemäss unserem Referenten Paul von Euw soll uns mit diesem Postulat der Regierungsrat aufzeigen, wie er künftig wieder direkt Einfluss auf die AXPO nehmen und somit auch seiner Aufsichtspflicht wieder stärker nachkommen will. Das gehe nur mit einer direkten Vertretung im AXPO-Verwaltungsrat. Das öffentlichkeitserweckende Vorgehen – der Verkauf von indirekten Beteiligungen an der Swissgrid sowie der Passus im NOK-Ablösevertrag, dass Schweizer Kraftwerke in der öffentlichen, inländischen Hand bleiben sollen – zeige klar die Strategie der AXPO – nämlich die Betriebszweige abzustossen, welche keine Gewinne erzielen würden. Das dürfe nicht goutiert werden, weil der Kanton Zürich eine AXPO brauche, welche ihren Anteil zu einer sicheren, zuverlässigen und wirtschaftlichen Stromversorgung beiträgt.

Weitere Schröpfung der Stromkunden

Bei der Parlamentarischen Initiative 255/2021 – Gesetz betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, Zweck, Gewinnverwendung, Klimaziele und Versorgungssicherheit – schlug dann der linksgrüne Wahnsinn vollends durch. Paul von Euw brachte es auf den Punkt, als er lapidar meinte, dass diese Gesetzesänderung für die Galerie und eine weitere Schröpfung der Stromkunden sei. Bereits heute würden unzählige Möglichkeiten bestehen. Dafür brauche es keine Geldentnahme, welche über Gebühren durch die Stromkonsumenten weggenommen würde. Betreffend die weiteren Fakten verweise ich hier gerne auf den Kommentar unseres Referenten Paul von Euw nebenan.

Auch am Nachmittag grüne Anliegen

An der Nachmittagssitzung ging es dann schliesslich um die grüne Parlamentarische Initiative 237/2021 – Vorbildlicher Strickhof Landwirtschaftsgesetz (LG), Erweiterung des Auftrages des Strickhofs – gleich wieder ideologisch zu und her. Markus Bopp brachte es sachlich auf den Punkt, als er meinte, dass der Strickhof bereits heute die Forderungen der Parlamentarischen Initiative weitgehend erfülle und deshalb dieses grüne Gebaren falsch sei. Die Anträge der Grünen seien somit überflüssig. Die Parlamentarische Initiative selber würde sogar zu einer wissenschaftlichen Einschränkung führen, was aus wissenschaftlicher und fortschrittlicher Sicht immer abzulehnen sei. Abschliessend könne gesagt werden, dass der Strickhof schon heute mit seiner aktuellen Ausrichtung eine passende Ausbildung und Beratung anbiete, weshalb die geforderten Anträge bereits umgesetzt seien. Trotz dieser kritischen Worte werde auch die SVP/EDU-Fraktion dieser Parlamentarischen Initiative zustimmen.

Um die Stromversorgungssicherheit der Schweizer Bevölkerung zu gewährleisten, ist eine bessere Kontrolle der AXPO unerlässlich. Bild: Pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

«Dörfs es bitzli meh sii …?»

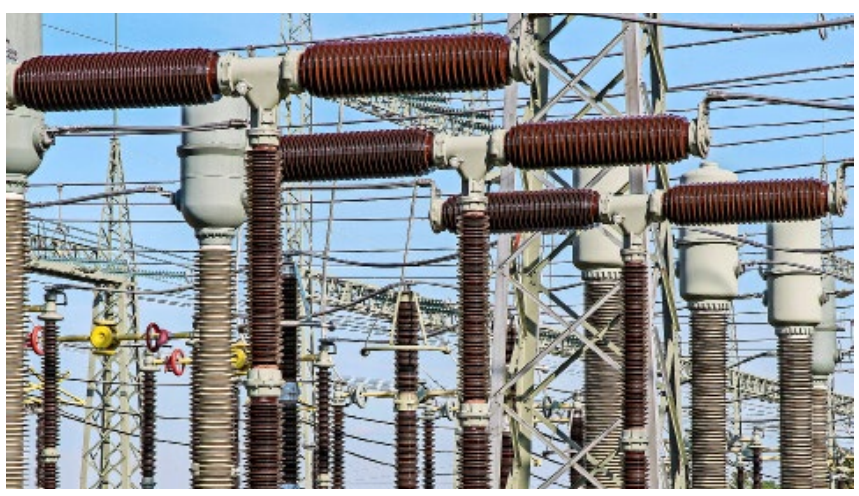
Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Dieser altbekannte Spruch wurde von der linksgrünen Bewegung in die Neuzeit katapultiert. Einmal mehr sollen die Stromkonsumenten einen Beitrag zur Energiewende leisten. Doch dieses Mal erreicht die Idee ein neues Negativlevel. Anscheinend reichen die Millionen von Steuerfranken für Projekte zur Transformation der Zürcher Klimapolitik noch nicht aus. Nein, wenn es nach dem Kantonsrat geht, sollen nun auch Gebührengelder der EKZ dafür verwendet werden. Diese Gebührengelder werden zwar ehrlich und redlich erhoben, aber in einem völlig undemokratischen Verfahren. Einfach gesagt: Die Einnahmen, die über die Stromrechnungen erzielt werden, müssen die Betriebsausgaben decken. Steigen die Ausgaben, müssen dementsprechend auch die Einnahmen erhöht werden. Wenn der Kantonsrat den EKZ den Auftrag gibt, die kantonalen Klimaziele zu unterstützen, bedeutet das zusätzliche Kosten, die von den Stromkonsumenten getragen werden müssen. Und so wird dieses Geld wiederum über die Stromrechnungen von den Verbrauchern eingefordert. Hier sehen wir die negative Spirale.

Es ist mir daher unverständlich, warum gerade die Linken und Grünen so vehement für eine solche Umverteilung eintreten. Schliesslich werfen genau diese Kreise der SVP immer wieder mit unlauteren Vorwürfen vor, nur die Interessen der Reichen zu vertreten. Liebe Leserin, lieber Leser, wenn dieser Vorwurf auch nur ein kleines Stückchen Wahrheit enthalten würde, dann würde die inzwischen zu Cüpli-Sozialisten verkommene linksgrüne Bewegung dieses Vorhaben niemals unterstützen. Denn es dient einzig und allein dem unersättlichen Subventions- und Umverteilungshunger, den insbesondere Mieterinnen und Mieter sowie die weniger wohlhabende Bevölkerung tragen müssen – kurz gesagt, es ist im höchsten Masse unsozial. Der einfache Grund liegt in der Struktur der Gebührenerhebung: Jeder Haushalt im Versorgungsgebiet der EKZ zahlt denselben Preis für Strom, doch Mieterinnen und Mieter profitieren niemals von Fördergeldern für Investitionen im oder am Gebäude.

Aus diesem Grund wird sich die SVP weiterhin gegen solche Finanzierungsmodelle und die zunehmend unlautere Geldbeschaffung unter dem Deckmantel der «Energiewende» einsetzen. Wir stehen für eine sichere, saubere, zuverlässige und wirtschaftliche Energieversorgung. Und eine ehrliche Energieversorgung ist auch ohne solche «Buebentrickli» finanzierbar.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Die SVP steht für eine sichere, saubere, zuverlässige und wirtschaftliche Energieversorgung und bekämpft die zunehmend unlautere Geldbeschaffung unter dem Deckmantel der «Energiewende». Bild: Pexels

WORTE DES REDAKTORS

Politik im Interesse aller gestalten

Die Präambel unserer Bundesverfassung formuliert zentrale Werte, die über Generationen hinweg Bestand hatten beziehungsweise haben. Insbesondere der Teilsatz «im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen» verankert nicht nur das Prinzip der Generationengerechtigkeit, sondern auch den Grundgedanken des Generationenvertrags. Dieser besagt, dass die arbeitende Bevölkerung durch ihre Beiträge die Renten der Pensionierten finanziert – in der Erwartung, dass künftige Generationen diese Praxis fortführen.

Abkehr vom Generationenvertrag

Die Zuversicht, dass zukünftige Generationen einst meine AHV finanzieren werden, wurde durch die Annahme der 13. AHV-Rente im vergangenen Frühjahr gedämpft. Sicherlich gibt es nachvollziehbare Gründe, die eine Mehrheit der Stimmbevölkerung zu einer Zustimmung bewogen hatten – steigende Mieten, Lebensmittel, Krankenkassenprämien, Energie etc. – und selbstverständlich sind demokratisch legitimierte Entscheide zu respektieren. Dennoch sehe ich als junge Person mit Sorge, dass die alternde Wählerschaft meine Hoffnung auf eine gesicherte AHV-Rente für meine und nachfolgende Generationen geschmälert hat. Das deutliche Ja zu dieser Vorlage markiert ein Stück weit eine Abkehr vom Prinzip des Generationenvertrags.

Finanzierung weiter ungeklärt

Wie die jährlich vier bis fünf Milliarden zusätzlichen AHV-Franken finanziert werden, hatten die Initianten offengelassen. Entsprechend stehen Bundesrat und Bundesversammlung nun vor der anspruchsvollen Aufgabe, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um eine rasche Aufzehrung der AHV-Reserven zu verhindern.

Während der Bundesrat die Finanzierung der 13. AHV-Rente durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sichern möchte, zeichnet sich im Parlament ein intensiver politischer Schlagabtausch ab. Die SVP und die FDP plädieren dafür, die Finanzierungsfrage erst im Rahmen der nächsten umfassenden AHV-Reform zu klären. Mittelinks hingegen verfolgt eine alternative Strategie: eine Kombination aus zusätzlichen Lohnabgaben und einer höheren Mehrwertsteuer. Innerhalb dieses Lagers setzt sich die SP insbesondere für eine Finanzierung über Lohnprozente ein, da sie diese als sozial gerechter erachtet. Die Mitte hingegen hat bereits die Finanzierung ihrer eigenen Volksinitiative im Blick. Die Initiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» fordert die Aufhebung der Deckelung der Ehepaarrenten, was weitere jährliche Mehrkosten von etwa vier Milliarden Franken verursachen würde. Vor diesem Hintergrund wird derzeit auch geprüft, ob Lohnbeiträge aus der gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung zur Mitfinanzierung der AHV umgeleitet werden könnten.

Generationengerechtigkeit bewahren

Einen Sozialausbau zur Abstimmung zu bringen, ohne die Finanzierung im Voraus zu klären, entspricht einer stark interventionistischen Herangehensweise. Die Annahme, dass der Staat die Mittel bereitstellen muss – unabhängig davon, woher sie stammen, – birgt Risiken für die langfristige finanzielle Stabilität. Es ist an unseren Politikern, die Umsetzung der 13. AHV-Rente generationengerecht zu gestalten, um das Vertrauen der jungen Generation in eine gesicherte Altersvorsorge nicht weiter zu erschüttern.

von Sean Burgess

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ

Kantone und Gemeinden am Limit – Asyl-Stopp jetzt!

Gemeindevertreter schlagen Alarm und berichten über die Probleme und Missbräuche im Asylwesen. Die Medienkonferenz der SVP Schweiz zeigt einmal mehr: Bundesrat Jans muss endlich handeln und den Asyl-Missbrauch stoppen.

Kantone und Gemeinden schreiben verzweifelt Briefe an den Bundesrat. Der Schweizerische Gemeindeverband teilt medienwirksam mit, dass die Gemeinden im Land kurz vor dem Kollaps stehen. Bundesanwalt Stefan Blättler schildert die dramatische Entwicklung der organisierten Kriminalität und die stark gestiegene terroristische Bedrohung in der Schweiz. Er warnt vor Zuständen wie in Schweden oder Belgien.

Die Schweiz hat die Kontrolle verloren. Und was macht der zuständige Justizminister? Asyl-Minister Beat Jans ist auf Tauchstation. Er verweigert die Zusammenarbeit im Parlament. Er lässt weiterhin Zehntausende Asyl-Schmarotzer und Asyl-Kriminelle in die Schweiz, obwohl das ganze Land unter seiner desaströsen Asylpolitik leidet.

Die SVP Schweiz hat deshalb zu einer ausserordentlichen Medienkonferenz geladen. Dabei berichteten Gemeindevertreter aus erster Hand von den Missständen.

Monika Lienert, Gemeinderätin Freienbach (SZ)

«Die Ukrainer, die keinen Job haben und noch immer von der Sozialhilfe unterstützt werden, bemühen sich nicht um Arbeit. Sie leisten sich ein schönes Leben auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Das SEM schaut weg. Dazu kommt, dass in unserer Gemeinde rund ein Drittel der Ukrainer über 65 Jahre alt ist. Die Anspruchshaltung ist enorm. Angehörige fordern medizinische Leistungen (Operationen), Spitex-Betreuung oder sogar Pflegeheimplätze. Bei den Afghanen stellen wir fest, dass viele gar nicht aus Afghanistan kommen, sondern schon länger in einem anderen Land lebten. Trotzdem geben sie als Fluchtgrund die Situation in ihrem Heimatland an.»

Christian Pfaller, Kantonsrat (ZH) und Gemeindepräsident Bassersdorf (ZH)

«Der Bundesrat erhöht laufend die Aufnahmequote. Unsere Gemeinde muss rund 180 Asylanten betreuen. Zur Unterbringung müssen wir Wohnungen anmieten, obwohl der Wohnungsmarkt ausgetrocknet ist. Die Gemeinde hat enorme Kosten für Unterbringung, Schule, Gesundheitswesen usw. Für das laufende Jahr haben wir 4,57 Millionen budgetiert. Wir haben Bundesrat Jans mehrmals auf die problematische Situation hingewiesen. Passiert ist bis jetzt nichts.»

John Moser, Gemeindepräsident Basse-Vendline (JU)

«Wir leiden als Grenzgemeinde unter dem Kriminaltourismus. Dazu kommen Asylanten-Gruppen, die regelmässig auf Diebestour gehen. Sie bedrohen sogar Ladenangestellte mit dem Tod. Mädchen im Teenageralter werden sexuell belästigt. Ich kann Ihnen sagen, die Leute haben genug. Sie müssen diesen Asylanten ja noch den Lebensunterhalt bezahlen. Unsere Forderung an Justizminister Jans ist klar: Die Schweiz muss ihre Landesgrenzen wieder kontrollieren. Nur so können wir kriminelle Asyl-Migranten und ausländische Diebesbanden stoppen und unsere Heimat schützen.»

Pascal Schmid, Nationalrat (TG) und Verantwortlicher Asyldossier

«Die Not in den Kantonen und Gemeinden ist gross. Zahlen, Kosten und Kriminalität explodieren. Was läuft falsch? Die Schweizer Asyl-Politik ist gescheitert. Noch schlimmer: Sie gefährdet die Sicherheit unserer Bevölkerung. Die meisten, die kommen, sind keine echten Flüchtlinge. Dennoch bleiben fast alle hier – als vorläufig Aufgenommene oder illegal. Asyltourismus durch sichere Drittstaaten wird trotz Dublin toleriert. Das Grenzwachtkorps ist zum Empfangskomitee für Asyl-Migranten verkommen. Die Schweiz ist viel zu attraktiv, die Einwanderung in den Sozialstaat zu einfach. Missbräuche werden belohnt. Schengen ist ein Unsicherheitsraum geworden. Doch die Schweizer Grenzen bleiben weit offen. Systematische Grenzkontrollen würden nichts nützen, redet sich Justizminister Jans heraus. Länder wie Deutschland beweisen das Gegenteil: 60% weniger illegale Migration und 30% weniger Asylgesuche dank Grenzkontrollen.»

Klare Forderungen und Vorstösse

Erstens: Als Sofortmassnahme bedarf es der Einschränkung des Asylrechts, um die Zahlen zu senken. Der Bundesrat hat mit Art. 55 AsylG die Möglichkeit, das Asylrecht in Ausnahmesituationen einzuschränken. Zweitens braucht es so schnell wie möglich die Grenzschutz-Initiative, um den Zustrom zu stoppen: Grenzen kontrollieren, Reisen durch sichere Drittstaaten unterbinden, kein Bleiberecht für Nicht-Flüchtlinge.

Dazu vier dringliche Vorstösse für die kommende Frühlingssession:

Null-Toleranz bei Asylkriminalität:

- Kein Asylverfahren und kein Bleiberecht für Verbrecher (NR: Motion 24.3716/SR: 24.4429).
- Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent einschränken (NR: Motion 24.3734/SR: 24.4495).

Asylpolitik neu ausrichten und Asylrecht auf Kerngehalt zurückführen:

- Wer über sichere Drittstaaten einreist, wird an der Grenze zurückgewiesen (NR: Motion 24.4321/SR: 24.4318).
- Von Dänemark und Schweden lernen: Familiennachzug auf die Interessen der Schweiz ausrichten (NR: Motion 24.4320/SR: 24.4444).

Parteipräsident Marcel Dettling schliesst die Medienkonferenz mit den Worten: «Die Leute haben genug von der importierten Kriminalität, von den Milliardenkosten im Asylwesen. Sie haben genug davon, dass Asyl-Schmarotzern aus der ganzen Welt die Wohnung und der ganze Lebensunterhalt finanziert wird. Herr Bundesrat Jans, machen Sie endlich Ihre Arbeit und stoppen Sie den Asyl-Missbrauch und die illegale Migration!»

UNGESCHMINKTE WAHRHEIT STATT INHALTLOSE PHRASEN

Trump, der Hoffnungsträger

«Ja, es ist richtig, Trump mit Hitler zu vergleichen», schrieb die Washington Post im Januar 2023. Und der Spiegel meinte im August 2024: «Mit Trump beginnt der Faschismus.» Jahrelang versuchten die Kartellmedien, der Welt weiss zumachen, dass mit einer Wiederwahl von Donald Trump die US-Demokratie als Flaggschiff des Westens zerstört würde. Nach der Wahl schrieb ein Nachrichtenmagazin: «Die Trump-Wiederwahl hat Schockwellen im liberalen Westen ausgelöst. Wie gross ist jetzt die Gefahr für die Demokratie?»

Samuel Balsiger
Gemeinderat und Fraktionspräsident SVP Zürich

Die Antwort ist: Trump ist ein Hoffnungsträger. Ein Hoffnungsträger für Frieden in der Ukraine, bevor der russische Angriffskrieg zu einem Dritten Weltkrieg eskaliert. Und Trump kann ein Jungbrunnen für die westlichen Demokratien sein; das Ende der inhaltsleeren Phrasen und der elitären Politik zum Selbstzweck. Die Trump-Administration packt an und setzt ihre Wahlversprechen konsequent um. Passt dieser Kurs der Mehrheit nicht, können die US-Amerikaner diesen bei den Zwischenwahlen bereits wieder korrigieren. Die dauernde Weltuntergangsstimmung durch die Medien ist unehrlich und kontraproduktiv.

Am Ende gewinnt die Freiheit

Sinnbildlich für den neuen Kurs war der Auftritt von US-Vizepräsident JD Vance an der Münchner Sicherheitskonferenz. Der islamistische Terroranschlag durch einen afghanischen Asylanten in München war erst zwei Tage her. Im Saal sassen viele deutsche Politiker, die für den Niedergang der Wirtschaft und der öffentlichen Sicherheit verantwortlich sind. Unter einer Harris-Administration hätten sie wohl lediglich inhaltsleere Phrasen gehört, die ihnen nicht weh getan hätten – und sie alle hätten zum Selbstzweck tosend applaudiert. Doch nun hielt der US-Vizepräsident, der mit seiner indischstämmigen Frau angereist war, der deutschen Polit-Elite den Spiegel vor: Vance forderte sie auf, die illegale Migration zu beenden, die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen und damit die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen.

Endlich sagte jemand diesen selbstgefälligen und kolossal gescheiterten deutschen Berufspolitikern die Wahrheit in aller Weltöffentlichkeit ins Gesicht. Meinungsfreiheit und eine ungeschminkte Auseinandersetzung um die besten Argumente tun den westlichen Demokratien gut. Die Freiheit und die bessere Ideologie werden schlussendlich immer obsiegen. Der Westen muss Ballast abschütteln, um das Wettrennen um die Führung der Welt politisch, wirtschaftlich und ideell gewinnen zu können. Die Trump-Politik ist unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten. Militärische Machtdurchsetzung ist immer der falsche Weg und eine Bankrotterklärung von beiden Seiten. Wo ist die neutrale Schweiz als Friedensvermittlerin?

Öffentlicher Anlass

mit
Andreas Glarner
Nationalrat

Wann
Zu Gast im Restaurant Rössli
Seestrasse 51, 8703 Erlenbach

Wo
Donnerstag, 6. März 2025
19.00 Uhr

svp-erlenbach.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Mis Dorf und mis Dihei!

SVP
Oetwil an der Limmat - Geroldswil

Öffentlicher Anlass
der SVP Oetwil und der SVP Geroldswil

Marcel Dettling (Präsident SVP Schweiz & Nationalrat)
Mauro Tuena (Nationalrat)
Fredi Heer (Nationalrat)
Domenik Ledergeber (Präsident SVP Kanton Zürich & Kantonsrat)

Unser Team für den Anlass
Gemeinsam sind wir stark

«Die Schweiz auf Schleuderkurs: Die SVP spricht Klartext!»

Freitag, 21. März 2025
Gemeindescheune Oetwil adL

19:15 Uhr Eintreffen
19:30 Uhr Referat Teil 1
20:15 Uhr Abendessen (fakultativ)
21:00 Uhr Referat Teil 2
21:30 Uhr Kaffee, Dessert und Ausklang
23:59 Uhr Ende der Veranstaltung

Ghackets & Hörnli inkl. Dessert
Fr. 24.- pro Person (ohne Getränke)

Sitzplatzgarantie und Abendessen nur auf Voranmeldung:
Gleich anmelden...!

SVP Oetwil an der Limmat • Postfach • 8955 Oetwil an der Limmat • info@svp-oetwil.ch • www.svp-oetwil.ch

EU-VERTRAGSWERK UND STÄNDEMEHR

Der Tages-Anzeiger auf Abwegen

Im Zuge des EU-Vertragswerkes versucht der Tages-Anzeiger das doppelte Mehr in Abrede zu stellen. Er verschweigt die wahren Wurzeln einer Professorin.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Bei der Diskussion über die Notwendigkeit eines Ständemehrs bei der Abstimmung über das EU-Vertragswerk verneint der Tages-Anzeiger die Notwendigkeit eines solchen. Er lässt seine einseitige Meinung von aussenstehenden Leuten verbreiten, ohne auf deren Wurzeln hinzuweisen; so geschehen kürzlich mit der Publikation einer Vertreterin der alles andere als erstklassigen Universität und nicht ausgesprochen hochklassierten juristischen Fakultät der Universität Freiburg, Frau Professor Astrid Epiney. Getreu dem Grundsatz eines «Qualitätsjournalismus» werden die Wurzeln derselben verschwiegen. Diese hat ihre Maturität nicht in der Schweiz gemacht und auch ihren Doktortitel in fremden Landen erworben. Mehr noch: Die Habilitation, d.h. die Befugnis zur universitären Lehrtätigkeit, erfolgte auch nicht in der Schweiz. Man sucht auch vergeblich nach wissenschaftlichen Publikationen zum für die Frage massgeblichen schweizerischen Bundesstaatsrecht. Ist die Genannte wirklich prädestiniert zur Stellungnahme zur Notwendigkeit des Ständemehrs bei der Abstimmung über das EU-Vertragswerk? Woher sollte das Wissen um den schweizerischen Föderalismus und unser direkt-demokratisches Staatswesen kommen? Von den Wurzeln her?

Verleugnung unserer Demokratie

Gross wird in einem fetten Zwischentitel des Artikels verkündet «Das Volk kommt trotzdem zum Zug». Ich frage mich: Und die Kantone, deren Volk? Ich erinnere mich zu dieser Frage an einen hervorragenden Artikel von Alt Regierungsrat Dr. Christian Huber vor wenigen Wochen in diesem Blatt. Nun folgt der Gipfel der Argumentation der Professorin. In der Schweiz seien plebiszitäre Elemente (nach Wikipedia: «Oberbegriff, der alle Formen der Volksabstimmungen erfasst») fremd. Damit wird die Demokratie in unserem Land verleugnet. Und weiter die Argumentation der Professorin unter Berufung auf das in der massgeblichen Fachwelt als Gefälligkeitsgutachten abgestempelte Gutachten des Bundesamtes für Justiz: Bei der Abstimmung über den EWR-Beitritt sei zwar die Zustimmung des Volks- und Ständemehrs als notwendig erachtet worden, beim EU-Vertragswerk gehe es aber nicht um Grundelemente der Bundesverfassung. Schon heute weiss man aber das Gegenteil: Automatische Übernahme fremden Rechts, fremde Richter, grosse Bussen als «Massnahmen», Einschränkung der freien Meinungsbildung der Stimmberechtigten, Beschränkung der Regelungsrechte der Kantone.

Mit ihrer Aussage, plebiszitäre Elemente seien in der Schweiz fremd, verleugnet Professorin Epiney die Demokratie in unserem Land. Bild: Adobe Stock

Professor Paul Richli stellt klar

Der ursprünglich aus der Landschaft des Kantons Schaffhausen stammende Professor Paul Richli, langjähriger Professor für öffentliches Recht an der Universität Luzern und jahrzehntelang vertraut mit dem schweizerischen Bundesstaatsrecht, stellt in einer neueren Tribüne der NZZ wörtlich fest:

«Die neuen EU-Abkommen werden zu gravierenden Beschränkungen des Bundes im Geltungsbereich der Abkommen führen. Das Parlament wird in seinen Gesetzgebungskompetenzen durch die Drohung mit Ausgleichsmassnahmen erheblich beschränkt, einzelne Parlamentsmitglieder werden in ihrem Stimmrecht beschränkt – und auch die Kantone könnten in ihren Regelungszuständigkeiten erheblich tangiert werden.

Von Bedeutung ist sodann, dass die Stimmberechtigten in Referendumsabstimmungen in der Ausübung ihres Stimmrechts massiv beschränkt werden… Die Stimmberechtigten sind in jedem Fall dem Risiko von Ausgleichsmassnahmen in nicht voraussehbarem Ausmass ausgesetzt, was ihre freie Meinungsbildung beeinträchtigt. Dies wäre wohl gleichbedeutend mit der Verletzung des Kerngehalts der verfassungsmässigen Garantie der freien Willensbildung und der unverfälschten Stimmabgabe.»

Was meinen Frau Professor Astrid Epiney und der Tages-Anzeiger dazu?

ABHÄNGIGKEITEN VERMEIDEN

Zukunftsweisend

Der amerikanische Vizepräsident JD Vance hielt an der Sicherheitskonferenz in München eine kurze Rede. Bevor ich seine Rede gehört habe, vernahm ich, wie die meisten der anwesenden Politiker aus der EU aufgeheult statt richtig zugehört hatten.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Dann machte ich mich an die Rede von Vance. Er sprach oft in «Wir»-Botschaften: «Wir (gemeint die westlichen Demokratien) hatten das Glück, von unseren Völkern politische Macht übertragen zu bekommen.» – «Wir müssen über demokratische Werte nicht nur reden, wir müssen sie leben.» Und Vance betonte: «Ich sage ‹wir›, weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir im selben Team spielen.»

Die selbstgerechten Europäer empörten sich, weil der Vizepräsident der USA nicht das Erwartete gesagt hat. Er schwatze der EU in inneren Angelegenheiten rein, lautet der Vorwurf. Ist das denn verboten? Dann sagte Vance, was seit Jahren zu erwarten war, nachdem die USA die finanziellen und militärischen Lasten der NATO (zur Verteidigung Europas) zum überwiegenden Teil allein getragen haben: In Zukunft sei nicht mehr mit dieser amerikanischen Unterstützung zu rechnen. Die Europäer reagierten darauf wie verwöhnte Kinder, denen die Eltern die tägliche Schokolade kürzen.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die als Dolmetscherin Vances Rede gut verstand und die schweizerischen demokratischen Worte erkannte, brachte dies zum Ausdruck. Sie wurde sofort im Inland – von links und vom Kollegen Pascal Couchepin – hart kritisiert, weil sie die läppischen Reaktionen der EU nicht nachbetete.

Doch wer als Schweizer Vances Rede sorgfältig hörte, wurde ermahnt: nur keine Abhängigkeiten! Die Schweiz muss sich eigenständig verteidigen können. Das kann sie mittels der bewährten, immerwährenden, bewaffneten und umfassenden Neutralität.

Wer Vances Rede sorgfältig hörte, erkannte die schweizerischen demokratischen Werte darin. Bild: Adobe Stock

EIGENNÜTZIGE ARGUMENTE DES GEWERBEVERBANDES

Gewerbeverband will Eigenmietwert-Abschaffung verhindern

Der Gewerbeverband stemmt sich gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes. Der Verband stellt damit eigene, materielle Vorteile über einen sinnvollen Systemwechsel.

Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

Die Chancen sinken, dass die unsinnigste aller Steuern verschwindet: Der Eigenmietwert besteuert ein Einkommen, das es gar nicht gibt. Es dauerte unendlich lange, bis überhaupt eine neue Vorlage durch die Räte kam. Der Widerstand ist breit und intensiv. Nach den Mieterverbänden, Bergkantonen und der vereinigten Linken stemmt sich nun auch der Gewerbeverband gegen die Abschaffung. Der eigentlich urbürgerliche Verband hintertreibt die Streichung mit fragwürdigen Argumenten. Damit wird der Urnengang im September eine schwer zu meisternde Hürde.

Der Grund für den Widerstand des Gewerbeverbandes ist von Eigeninteressen geprägt, weil mit der Abschaffung der Steuer eine Reihe von Massnahmen verbunden ist, welche steuerliche Abzüge beseitigt. Bild: Pixabay

Bevorzugung von Interessengruppen statt Systemverbesserung

«Für den Schweizerischen Gewerbeverband (sgv) ist die vorliegende Reform eine verpasste Gelegenheit, die Immobilienbesteuerung zu modernisieren und gleichzeitig die Bedürfnisse der Eigentümer zu respektieren», schrieb der sgv kürzlich in der hauseigenen Zeitung. Hinter den Versprechungen zeige die Vorlage tiefe Lücken und schwerwiegende Folgen für die Eigentümer und die Schweizer Wirtschaft, heisst es seitens des Verbandes.

Der Grund für den Widerstand des Gewerbeverbandes ist von Eigeninteressen geprägt, weil mit der Abschaffung der Steuer eine Reihe von Massnahmen verbunden ist, welche steuerliche Abzüge beseitigt. «Die Kosten für den Unterhalt von Immobilien werden sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene nicht mehr abzugsfähig sein», heisst es. Dies ist jedoch der Kern des parlamentarischen Kompromisses. Eine einseitige Beseitigung des Eigenmietwertes hätte in der Volksabstimmung keine Chance, wie man vor sieben Jahren gesehen hat.

Diffamierung der Wohneigentümer

Die Eigenmietwert-Abschaffung wäre ein Systemwechsel, um eine ungerechte Steuer endlich auszumustern. Der Widerstand des Gewerbes ist Ausdruck schamloser Lobbyarbeit. Dem Baugewerbe entstünden in der Folge Umsatzeinbussen, wenn Unterhaltskosten für Liegenschaften steuerlich nicht mehr abzugsfähig sind, befürchtet der sgv. Wenn Abzüge wegfallen, könnten die Investitionen in Baumassnahmen sinken. Das Anliegen der Verbände und der bürgerlichen Parteien sollte aber sein, dass ein Systemfehler beseitigt wird. Offenbar will der Gewerbeverband den Eigenmietwert abschaffen, aber die damit zusammenhängenden Steuerabzüge beibehalten. Mit dieser Position sabotiert der Verband die überfällige Steuerreform. Der sgv gesellt sich zu jenem Teil des Bürgerblocks, der die 10-Millionen-Schweiz insgeheim eine tolle Sache findet, da der Masseneinwanderung ein unendlicher Strom von Aufträgen folgt.

Mit den Argumenten des sgv werden die Eigentümerinnen und Eigentümer von Häusern und Eigentumswohnungen beleidigt. Ihnen wird unterstellt, dass sie keine Renovationsarbeiten oder Sanierungen vornehmen, wenn sie nichts mehr von den Steuern abziehen können. Kein Eigentümer ist jedoch so unvernünftig und lässt sein Haus verlottern; jeder Bau braucht Ersatzinvestitionen.

Klare Stellungnahme des sgv nötig

Der sgv sollte seine Position unmissverständlich mitteilen. Was ist wichtiger: private Gewinne als Nebeneffekt einer grotesken Steuer oder eine Verbesserung des Systems? Der Artikel in der Gewerbezeitung gipfelt in der Aussage: «Entsprechend fordert der sgv eine gründliche Überarbeitung des Entwurfs» – als ob nicht sieben Jahre im Parlament gewerkelt wurde. Damit will der sgv nochmals Jahre oder Jahrzehnte verstreichen lassen, damit überproportional viele Investitionen in bauliche Massnahmen fliessen. Der wichtige Verband sollte über seinen Schatten springen und eine Systemverbesserung ermöglichen, statt auf materiellen Vorteilen zu beharren.

Fadegrad

von
Anita Borer

Die wahre Bedrohung

«Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es keine Sicherheit gibt, wenn man Angst vor den Stimmen, den Meinungen und dem Gewissen hat, die das eigene Volk leiten.» Es sind die Worte von US-Vizepräsident JD Vance an der Sicherheitskonferenz in München. Kurz nach seiner Rede folgte die grosse Empörung in den Medien: Vance würde Europa unterstellen, es gäbe keine Meinungsfreiheit. Bevor der grosse Aufschrei erfolgte, habe ich die ganze Rede gelesen und wissen Sie was? Ich fand sie sehr treffend. Warum? Nicht weil ich Fan von der Trump-Regierung bin – über diese kann und will ich gar nicht urteilen. Die Rede drückte das aus, was auch mir Sorgen bereitet, wenn ich in die Welt schaue und die Berichterstattung in den Medien verfolge – die meist bedenkliche Einsilbigkeit. Wehe dem, der mit seiner Meinung nicht dem öffentlichen Mainstream – und der ist mehrheitlich links – folgt. Wehe dem, der sich getraut, die Probleme im Zusammenhang mit der unkontrollierten Zuwanderung oder der überproportional hohen Ausländerkriminalität anzusprechen. Wer die Fakten ausspricht, wird gleich in eine schmutzige Ecke gestellt. So getraute sich auch Vance, die Probleme offen anzusprechen. Er erwähnte die «Bedrohung von innen», die ihm am meisten Sorgen bereite und nannte die Massenmigration als eine der drängendsten Herausforderungen. Es sind die Probleme, mit denen auch wir in der Schweiz zu kämpfen haben und wovor die SVP seit Jahren warnt: die ungesteuerte Zuwanderung. Die Kriminalitätsstatistik zeigt auf, was wir täglich wahrnehmen: die Kriminalität steigt. Auffällig ist der hohe Anteil von Tatverdächtigen mit ausländischem Hintergrund, insbesondere aus dem Asylbereich. Der Eritreer, der eine Frau am Zürich HB fast zu Tode geschlagen hat, oder der illegal anwesende Tunesier, der eine Frau im Wald brutal vergewaltigt hat, sind keine Einzelfälle mehr. Es ist kein Geheimnis: Die organisierte Kriminalität ist auf dem Vormarsch. Immer mehr Extremisten nisten sich ein, gleisen Parallelgesellschaften auf und wir lassen es zu. So ist es offensichtlich, dass die wahre Bedrohung diejenige ist, die von innen kommt. Wenn unsere Politiker die Augen vor den wahren Problemen verschliessen, wenn vor falscher Solidarität Extremisten durch unsere offenen Grenzen ins Land gelangen und sich hier einnisten, wenn vor lauter Toleranz gegenüber fremden Kulturen und Minderheiten die eigenen Werte verloren gehen, wenn wir nicht mehr zusammenstehen und zwischen gut und schlecht unterscheiden können oder wollen – dann sind wir wirklich in Gefahr.
Wenn wir die aktuellen Herausforderungen meistern wollen, gibt es nur eines: uns im Innern wieder zu stärken. Das heisst, die Probleme offen anzusprechen, die Sorgen der Leute ernst zu nehmen, andere Meinungen zuzulassen und an den Grundfesten unserer direkten Demokratie kompromisslos festzuhalten.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

«Das ist alles nur rassistische Propaganda der SVP»

Die Jugendgewalt in der Schweiz und vor allem in der Stadt Zürich hat ein unerträgliches Ausmass angenommen. An der letzten Ratsdebatte dominierten Vorstösse der SVP, die die Sicherheit verbessern und den Stadtrat diesbezüglich zum Handeln zwingen wollten. Doch die Linken versenkten alle Lösungsansätze, weil sie der Realität nicht ins Auge sehen wollen.

Samuel Balsiger
Gemeinderat und Fraktionspräsident SVP Zürich

Gewalt gehört heute leider für viele Kinder und Jugendliche zum Alltag. Gemäss einer grossen Umfrage erfahren 50 Prozent der Schüler an den Zürcher Volksschulen gelegentlich bis häufig physische Gewalt. Nur fünf Prozent machen nie Gewalterfahrungen. Eine Minderheit muss auch Mobbing oder sexuelle Gewalt erdulden. Solche Umfragen sind zwar immer mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, doch die Zahlen sind allemal alarmierend.

Messerstechereien

Als Gegenreaktion und «Schutzmassnahme» findet unter Jugendlichen ein Wettrüsten mit Messern statt. Gemäss einer Umfrage der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) läuft heute bereits jeder Fünfte zwischen 12 und 18 Jahren mit einem Messer herum, weshalb es auch immer wieder zu Messerstechereien kommt. Diese Zustände sind unhaltbar und es ist vor allem ein Asyl- und Ausländerproblem. In einer Interpellation der SVP musste der Stadtrat zugeben, dass Personen aus dem Asylwesen massiv häufiger krimineller Handlungen beschuldigt werden und Ausländer generell in den Kriminalstatistiken stark übervertreten sind.

Asylchaos

Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind Asylanten in der Stadt Zürich 15 Mal häufiger Beschuldigte bei Verstössen gegen das Strafgesetzbuch. Die Nationalitäten Algerien, Afghanistan und Marokko stechen in der Statistik besonders negativ hervor. Die SVP trug die Fakten sachlich vor und griff den Stadtrat gleichzeitig hart an. In der hitzigen Debatte musste die grüne Stadträtin Karin Rykart dann zugeben, dass sie keine Lösungen gegen die eskalierende Jugendgewalt hat.

Realitätsverweigerung

Von der Realität und den Kriminalstatistiken wollten die Linken im Gemeinderat so oder so nichts wissen. Die Vorstösse der SVP seien abzulehnen, weil die Partei «rassistisch» und «neofaschistisch» sei. Ein AL-Gemeinderat forderte hysterisch, dass der Ratspräsident zukünftig der SVP sofort das Wort entziehen müsse – die SVP soll mundtot gemacht werden. Im Mittelalter köpfte man die Überbringer von schlechten Nachrichten kurzerhand. Ein anderer AL-Gemeinderat trug ein T-Shirt mit dem Aufdruck «Rassismus tötet». Scheinbar soll die SVP auch dafür verantwortlich sein.

Bürgerlicher Schulterschluss

Belustigend war, dass die unterdessen parteilose Sanija Ameti der SVP mangelnden Anstand vorwarf, als wir sachlich die Fakten benannten. Die Frau, die auf Mutter Maria und das Jesusbild ballerte, glaubt Gradmesser des Anstandes zu sein. Das Gelächter war gross. Obwohl die FDP und Die Mitte die SVP inhaltlich und teils wortreich unterstützten, reichte es noch nicht einmal für eine Mehrheit, dass der Stadtrat eine vernünftige Strategie gegen die Missstände ausarbeiten soll. Die Gewalt auf Zürichs Strassen und Schulhöfen geht dank den Linken unvermindert weiter. Diese Politversager gehören abgewählt!

Reinschlagen oder zustechen:
Unter den Augen des rotgrünen Stadtrates eskaliert die Jugendgewalt in Zürich. Bild: Samuel Balsiger

AUS DEM BÜLACHER STADTPARLAMENT

Viel los in Bülach …

Lokalpolitik mag undankbar, aufwendig und mühsam sein. Eines ist sie aber bestimmt nicht: langweilig. Eine kurze Zusammenfassung der letzten beiden Parlamentssitzungen.

Thomas Obermayer
Stadtparlamentarier SVP Bülach

Das Stadtparlament hat im Dezember in einer Doppelsitzung und nach intensiven Debatten das Budget 2025 überarbeitet. Trotz Einsparungen von rund 2,4 Millionen Franken wurde die Steuerfusserhöhung auf 96 Prozent (ohne Sekundarschule) beschlossen. Bei einem Gesamtbudget von rund 194 Millionen Franken entspricht das einer Reduktion von gerade einmal 1,2 Prozent – ein Minimalerfolg, den die Linken am liebsten noch verhindert hätten.

Unsere Fraktion konnte sich in Teilen durchsetzen und erreichte, dass einige unserer weit im Voraus geplanten Anträge angenommen wurden. Dass das Budget mit tieferen Kosten verabschiedet wurde, ist ein Erfolg für die SVP Bülach. Dennoch bleibt ein bitterer Beigeschmack: Die Stadt verlangt von den Steuerzahlern mehr Geld, anstatt die Ausgaben konsequenter zu optimieren. Statt zuerst nach nachhaltigen Einsparungen zu suchen, wurde der einfachste Weg gewählt – eine Steuererhöhung.

Jahreswechsel mit Personalwechsel

Noch bevor die erste Sitzung im neuen Jahr beginnen konnte, wurde nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch das Parlament von diversen Personalentscheiden überrascht. Unsere Parlamentssekretärin, deren Vorgesetzte – die Leiterin Politik – die stellvertretende Stadtschreiberin sowie der Stadtschreiber selbst verlassen alle die Bülacher Stadtverwaltung. Im Ressort Präsidiales bedeutet dies den Weggang einer ganzen Führungslinie. Zugegeben, nicht alle freiwillig.

Kurz vor der Februarsitzung, in der die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Personalthematik traktandiert war, wurde mitgeteilt, dass der Stadtschreiber und seine Stellvertreterin die Stadtverwaltung Bülach aufgrund «unterschiedlicher Vorstellungen über die strategische Ausrichtung der Stadtverwaltung» verlassen werden. Es liegt nahe, dass diese Freistellungen in direktem Zusammenhang mit dem parlamentarischen Vorhaben zur Einsetzung einer PUK stehen.

Bereits in der Vergangenheit geriet die Bülacher Stadtverwaltung aufgrund häufiger Personalwechsel in verschiedenen Abteilungen in die Schlagzeilen – prominent etwa die Stadtpolizei im Sonntags-Blick. Für das Parlament kam die Ablösung der höchsten Führungsebene jedoch zu spät: Mit 18 zu 7 Stimmen wurde die Einsetzung einer PUK beschlossen.

Referendum «Herti»

Ebenfalls beschloss das Parlament an dieser Februarsitzung einen öffentlichen Gestaltungsplan. Das Gebiet «Herti» soll deutlich verdichtet und an den neuen Busbahnhof angepasst werden. Doch es gibt gleich mehrere Probleme.

Durch eine frühere Gestaltungsplanung wurden für dieses Gebiet übergeordnete Auflagen erstellt. Die Fachkommission wollte hier korrigierend eingreifen. Beispielsweise sollten mehr Parkplätze ermöglicht werden und das Erdgeschoss des Hauptgebäudes – in allerbester Lage mit direkter Front zum Busbahnhof – sollte nicht von einer städtischen Velostation belegt werden.

Ein weiteres Thema war die Siedlungsentwicklung: Wenn schon an zentralster Lage verdichtet wird, dann richtig – damit am Stadtrand wieder vermehrt Einfamilienhäuser «erlaubt» werden können. Einen Kompromiss zu finden war weder in der Kommission noch im Parlament möglich. Ein Hauptgrund dafür war, dass eine Änderung des Gestaltungsplans zu erheblichen Verzögerungen führen würde. Dieses Argument, das immer wieder als Druckmittel verwendet wird, darf in der Politik jedoch keine Rolle spielen. Die Exekutive drängt das Parlament gerne mit dieser Begründung zu einem Entscheid – das darf nicht zur Praxis werden.

Das Parlament hat dem Gestaltungsplan dennoch zugestimmt. Zu Verzögerungen kommt es nun trotzdem: Zehn Mitglieder der FDP und SVP haben das Behördenreferendum eingereicht.

Dank der SVP konnte das Budget der Stadt Bülach mit tieferen Kosten verabschiedet werden. Bild: Adobe Stock

NÄCHSTE WELTRETTERIDEE IN SICHT

Klimafonds-Initiative: Ein teurer Irrweg auf Kosten der Bürger

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 29. Januar 2025 die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» verabschiedet. Er spricht sich gegen die Initiative aus, ohne einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag vorzulegen.

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Die Klimafonds-Initiative fordert die Schaffung eines staatlichen Klimafonds, der jährlich mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) finanziert werden soll – das entspricht aktuell zwischen 3,9 und 7,7 Milliarden Franken pro Jahr. Ein derartiger Finanzierungszwang gefährdet nicht nur das bewährte Erfolgsmodell Schweiz, sondern belastet auch den ohnehin schon stark beanspruchten Mittelstand zusätzlich. Die Initiative, vorangetrieben von linksgrünen Kräften, stellt nichts anderes als ein kostspieliges Umverteilungsprojekt dar, das die Steuerzahler in der Schweiz jährlich mit Milliardenbeträgen belasten würde, während gleichzeitig die freiheitliche Wirtschaftsordnung des Landes untergraben wird.

Unkontrollierte Geldverschwendung ohne Gegenfinanzierung

Ein grundlegendes Problem liegt darin, dass der Klimafonds ausserhalb der Schuldenbremse operieren und damit die bewährte finanzpolitische Disziplin der Schweiz aufweichen würde. Die Initianten fordern Milliardeninvestitionen in die «Klimatransformation» – ohne jedoch darzulegen, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen. Vor dem Hintergrund eines ohnehin angespannten Bundeshaushalts – trotz des besseren Abschlusses für das Jahr 2024 resultiere ein leichtes Defizit – könnte dies nur in Form höherer Steuern, neuer Abgaben oder einer massiven Neuverschuldung erfolgen.

Weiter liegt ein zentrales Risiko darin, dass diese Milliardenbeträge in einem undurchsichtigen bürokratischen Klimaapparat versickern könnten, anstatt gezielt und sinnvoll in wirksame Klimaschutzmassnahmen zu fliessen. Die Gefahr von ineffizientem Mitteleinsatz und Vetternwirtschaft ist gross, wenn der Staat als zentraler Akteur in der Klimapolitik agiert.

Die SVP lehnt diese verantwortungslose Finanzpolitik entschieden ab. Bereits heute fliessen in der Schweiz jährlich Milliardenbeträge in Umwelt- und Klimaschutzprojekte. Mit dem CO_2-Gesetz sowie dem Klima- und Innovationsgesetz wurden vom Volk weitreichende Massnahmen beschlossen, die den Klimaschutz sicherstellen, ohne dabei die Steuerzahler übermässig zu belasten oder Unternehmen zu strangulieren. Doch während Linksgrün lieber Milliarden an Subventionen verteilt und den Staat zum allmächtigen Lenkungsorgan erhebt, setzt die SVP auf marktwirtschaftliche Lösungen, die auf Eigeninitiative, Wettbewerb und wirtschaftlicher Freiheit basieren.

Angriff auf die Marktwirtschaft und den Mittelstand

Ein wesentliches Prinzip unserer Umweltpolitik ist das Verursacherprinzip. Dieses stipuliert, dass diejenigen, die Emissionen verursachen, auch für deren Reduktion aufkommen sollen. Die Klimafonds-Initiative hingegen setzt einseitig auf staatliche Subventionen und schwächt damit dieses Prinzip. Anstatt jene in die Pflicht zu nehmen, die für CO_2-Emissionen verantwortlich sind, sollen alle Steuerzahler für die Kosten aufkommen – ein Schritt, der weder gerecht noch zielführend ist.

Ein staatlicher Klimafonds würde private Investitionen in nachhaltige Technologien verdrängen und dazu führen, dass Unternehmen sich aus diesen Bereichen zurückziehen, da der Staat ohnehin die Finanzierung übernimmt. Statt Anreize für Innovation zu schaffen und auf Eigenverantwortung zu setzen, würde die Initiative eine Abhängigkeit von öffentlichen Geldern erzeugen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schwächen.

Besonders betroffen wäre der Mittelstand. Klein- und Mittelunternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, müssten mit steigenden Abgaben rechnen, während Familien mit immer höheren Kosten für Energie und Mobilität konfrontiert wären. Die Initiative stellt somit nicht nur eine Bedrohung für die Wirtschaft dar, sondern gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Missachtung des Volkswillens

In mehreren Kantonen wurden in jüngster Vergangenheit verschärfte Gesetzgebungsvorschläge im Umwelt- und Energiebereich deutlich abgelehnt – was zeigt, dass die Bevölkerung keinen übergriffigen Staat mit immer neuen Vorschriften und Zwangsfinanzierungen wünscht. Die Klimafonds-Initiative steht diesen klaren Volksverdikten diametral gegenüber und versucht, durch die Hintertür durchzusetzen, was an der Urne bereits des Öfteren abgelehnt wurde: eine teure, ineffiziente und ideologisch motivierte Klimabürokratie. Statt in eine aufgeblähte und ineffektive Verwaltung zu investieren und damit die bereits umfassende staatliche Lenkung der Klimapolitik weiter auszubauen, sollte die Schweiz auf marktwirtschaftliche Mechanismen setzen.

Pragmatik vor Planwirtschaft

Die SVP steht für eine pragmatische Klima- und Umweltpolitik, die auf Eigenverantwortung, wirtschaftlichen Anreizen und Innovation beruht – und nicht auf staatlicher Planwirtschaft und Zwangsabgaben. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Ressourcen erfordert rationale Lösungen, die sowohl die Umwelt als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz berücksichtigen. Nur eine Wirtschaft, die durch Innovation und Wettbewerb gestärkt wird, kann nachhaltige und technologisch fortschrittliche Lösungen für Umwelt- und Klimafragen entwickeln. Die Klimafonds-Initiative hingegen ist ein Angriff auf den Mittelstand, eine Gefahr für die Finanzstabilität der Schweiz und eine Missachtung demokratischer Entscheide.

Es gilt daher, bereits jetzt klar Position gegen diesen milliardenschweren Irrweg, der unser Land wirtschaftlich schwächt, die Steuerzahler auspresst und den Wohlstand der Schweiz aufs Spiel setzt, zu beziehen.

Ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Ressourcen erfordert rationale Lösungen, die sowohl die Umwelt als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz berücksichtigen. Bild: Adobe Stock

WORTE EINER LEHRPERSON

Das Bildungsniveau an Zürcher Schulen sinkt!

Als erfahrene Lehrperson an einer Zürcher Schule erlebe ich täglich die Herausforderungen, die mit der zunehmenden kulturellen Vielfalt in unseren Klassenzimmern einhergehen. Immer mehr Schüler aus bildungsfernen Schichten mit Migrationshintergrund kommen zu uns, immer stärker können wir nicht mehr «nur» unterrichten, sondern müssen zuerst die Rahmenbedingungen und die Regeln etablieren und diese durchsetzen.

Anonyme Autorin. Dabei treffen unterschiedliche Kulturen mit fundamental abweichenden Wertevorstellungen aufeinander. Die kulturellen Ansichten und Werte der Herkunftsländer werden direkt ins Schulzimmer getragen. Dies resultiert leider darin, dass grundlegende Schweizer Werte wie Respekt, Solidarität, Offenheit und gegenseitige Rücksichtnahme verteidigt oder eingefordert werden müssen. Mit zunehmender Multikulturalität sind oftmals weder die betroffenen Schüler noch deren Eltern bereit, diese Werte zu übernehmen. Nicht nur die Sprachbarrieren, sondern auch die mangelnde Bereitschaft, sich an Schweizer Werte zu halten, erschweren meinen Alltag. Eine Gemeinschaft funktioniert nur, wenn man bereit ist, sich an die herrschenden Werte zu halten.

Verbale Entgleisungen an der Tagesordnung

In meinem Alltag als Lehrperson erlebe ich täglich Grenzüberschreitungen. Sei es ein Schüler, der mich schamlos als «Bro» anspricht, oder Schüler, die aus Prinzip keine angemessene Grussform verwenden. Ebenso gibt es mehrere Schüler, welche als Muttersprache serbisch, albanisch oder kroatisch sprechen und sich gegenseitig in meiner Anwesenheit grinsend und kichernd in einer dieser Sprachen unterhalten. Der Respekt, insbesondere vor weiblichen Lehrpersonen, ist merklich tiefer. Ich selbst habe schon erlebt, dass sich Eltern gegenüber mir klar abweisend oder gar angriffig verhalten haben. Damit der Leser hier eine Vorstellung hat: Einer renitenten, unkooperativen Mutter wurde offiziell «Schulhausarealverbot» erteilt. Auch verbale Entgleisungen der Eltern, die hier nicht wiedergegeben werden sollten, sind einzustecken.

Die Grenzen des Machbaren

Die Schule war schon immer ein Ort, an dem die ganze Bandbreite der Gesellschaft aufeinandertraf, wo man sich auf Regeln einigte und sich eine Wertegemeinschaft bildete. Dies funktioniert aber nur, wenn die unterschiedlichen Werteauffassungen sich nicht komplett ausschliessen und eine Grundbereitschaft der Integration vorhanden ist. Im Kanton Zürich gibt es derzeit 160 Schulen, welche die Kriterien einer QUIMS-Schule (Qualität in multikulturellen Schulen) erfüllen. Als QUIMS-Schule gelten Schulen mit einem Mischindex von über 45%. Solchen Schulen werden zusätzliche Mittel des Kantons zugesprochen, um einen qualitativ genügenden Unterricht zu gestalten. Eine Schuleinheit erhält durchschnittlich 40 000 Franken pro Jahr. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2008/2009 zählte Zürich noch 85 solche Schulen, die Anzahl hat sich seither somit knapp verdoppelt.

Zwei bis drei Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten sind jeder Klasse zumutbar. Wenn aber die Hälfte der Schüler der deutschen Sprache kaum mächtig ist, aus einem bildungsfernen Umfeld kommt und nicht einmal die Schweizer Grundwerte teilt, kommt man an die Grenzen des Machbaren. Die von linker Gesinnung durchzogene Lehrerschaft würde solche Feststellungen jedoch weit von sich weisen. Tatsache ist jedoch: Unser Bildungsniveau an der Volksschule nimmt von Jahr zu Jahr ab.

Integration und Identifikation stärken

Es braucht hier ein klares Umdenken. Unser Bildungssystem kann nur einen gewissen Prozentsatz an bildungsfernen und der deutschen Sprache nicht mächtigen Schülern absorbieren. Deswegen muss die Zuwanderung auch im Hinblick auf den Schutz unseres Bildungsniveaus sinnvoll gesteuert werden.

Die erleichterte Einbürgerung muss an die Sprachfähigkeit geknüpft werden. Von Zuwanderern müssen wir die Bereitschaft, unsere Werte zu teilen, einfordern und wer in unsere Gemeinschaft eintritt und von allen Sozialwerken und unserem Gesundheitssystem profitiert, muss dafür auch die Bereitschaft mitbringen, schnell eine Landessprache zu erlernen. Das dürfen wir erwarten. Deswegen: Zuwanderung ja, aber nur, wenn wir sie selbst steuern können und wenn jeder, der zu uns kommt, auch bereit ist, unsere Grundwerte zu teilen.

Die Schweiz hat ihren Wohlstand durch das richtige Mass an Zuwanderung aufgebaut. Viele Gründer grosser Schweizer Firmen waren Zuwanderer. Sie haben sich aber integriert, unsere Werte übernommen und unsere Sprache gelernt. Wir müssen dies wieder stärker einfordern, damit wir auch in Zukunft unseren Wohlstand verteidigen können.

Wenn die Hälfte der Schüler der deutschen Sprache kaum mächtig ist, aus einem bildungsfernen Umfeld kommt und nicht einmal die Schweizer Grundwerte teilt, kommen Lehrpersonen an die Grenzen des Machbaren. Bild: Pixabay

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, mit alt Bundesrat Ueli Maurer.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 5. März 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Kantonsrat Paul von Euw. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Freitag, 7. März 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Schützenhaus, Dänikon, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Dietikon/Aesch
Donnerstag, 6. März 2025, 20.00 Uhr, Generalversammlung, Brunnehofsääli, Aesch.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Freitag, 21. März 2025, 19.15 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Gemeindescheune, Oetwil an der Limmat, mit den Nationalräten Alfred Heer, Mauro Tuena und Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, sowie Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter info@svp-oetwil.ch.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bi de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlosenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1B, Rüti.

Bezirk Meilen/Erlenbach
Donnerstag, 6. März 2025, 19.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Rössli, Seestrasse 51, Erlenbach, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Bezirk Meilen/Stäfa
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter vorstand@svp-staefa.ch.

Bezirk Winterthur
Dienstag, 18. März 2025, 20.00 Uhr, Delegiertenversammlung, Restaurant Sagi, Wiesendangerstrasse 15, Bertschikon, mit Nationalrat Martin Hübscher sowie den Kantonsräten Ruth Büchi, Urs Wegmann und Tobias Weidmann.

Stadt Zürich/Kreis 10
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 1. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 28. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 29. März 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 5. März 2025, 19.00 Uhr, Vortrag zum Thema «Unsicheres Europa, sichere Schweiz», Hotel Marriott, Neumühlequai 42, Zürich, mit alt Nationalrat Roger Köppel. Eintritt: 25 Franken. Anmeldung unter www.weltwoche.ch/zurich.

Montag, 10. März 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, u.a. mit Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro. Anmeldung unter www.steuervorlage17.events.zhk.ch.

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung Pro Schweiz, Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, Bern.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33.
Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.
Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Einladung zum Politapéro

Freitag, 21. 03. 2025

Der Vorstand der SVP Kreis 10 lädt Sie zu einem Politapéro ein.

Freuen Sie sich auf eine fesselnde interaktive Diskussion mit Nationalrat Andreas Glarner. Moderation, Gemeinderat Johann Widmer.

Das Thema Einfluss des Schweizer Asylwesens auf die Stadt Zürich und das Problem der Gewalttäter mit Migrationshintergrund in Zürich.

Gerne können Sie auch noch ein Nachtessen mit nahöstlichen Köstlichkeiten im Restaurant Damas Josephstrasse geniessen.

Programm:
- 18:00 – 18:30 Begrüssung und Apéro
- 18:30 – 19:30 Podiumsdiskussion mit NR Andreas Glarner mit Fragerunde
- 19:30 – 22:00 Nachtessen, gemütliches Beisammen

Ort: **Restaurant DAMAS Josefstrasse**
Josefstrasse 151, 8005 Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP Zürich Kreis 10